

Antwort der **Der Grünen im Bay. Landtag** zu den Wahlprüfsteinen 2008 von

[www.rollenspielsucht.de](http://www.rollenspielsucht.de)

Eingegangen am 09.09.08 13:52 -

aufzurufen: [http://www.rollenspielsucht.de/Wahl\\_Fragen.html](http://www.rollenspielsucht.de/Wahl_Fragen.html)

=====

## **Wahlprüfsteine der Elterninitiative Rollenspielsucht**

### **Frage 1**

Der Umgang mit digitalen Medien wie z.B. dem Internet gehört heute bereits im Kindes- und Jugendalter zum Alltag. Digitalisierung und Medialisierung stellen deshalb sowohl für schulische als auch für außerschulische Bildungseinrichtungen eine neue und große Herausforderung dar. Für eine Gesellschaft, die Kommunikation zunehmend visuell gestaltet und die ihre audio-visuellen Medien immer weiter ausdehnt, gehört der kompetente und kritische Umgang mit ihnen zu den Schlüsselkompetenzen der Zukunft. Die Kulturelle Bildung kann dazu in Form einer querschnittsorientierten „kulturellen Medienbildung“ einen wichtigen Beitrag leisten. Der Medienerziehung und -bildung muss daher im Schulalltag mehr Raum gegeben werden. Erste Ansätze hierzu auf Landesebene durch die Weiterbildung von LehrerInnen zu MedienexpertInnen, die den Schulen als MultiplikatorInnen zur Verfügung stehen, sind zu begrüßen. Dieses Angebot erreicht aber längst noch nicht flächendeckend alle Schulen und muss weiter ausgebaut werden.

### **Frage 2**

Als Querschnittsthema der Medien- und Bildungspolitik wird die Problematik der Mediensucht auch in der kommenden Legislaturperiode ein wichtiges Thema der grünen Landtagsfraktion sein. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und die Entfaltung ihrer persönlichen Stärken zu ermöglichen und Kinder zu starken Persönlichkeiten zu erziehen. In diesen Zusammenhang gehört es auch, einen verantwortungsvollen Umgang mit allen Formen von „Alltagsdrogen“ zu fördern, um Abhängigkeiten und Sucht in jeglicher Form zu verhindern.

### **Frage 3**

Unserem Konzept einer demokratischen Schule entsprechend möchten wir die SchülerInnen und auch die Eltern stärker - d.h. gleichberechtigt - in die Entscheidungsprozesse an den Schulen einbinden. Im Rahmen dieser Öffnung der Schulen und des stärkeren Einbezugs der Eltern in den Schulalltag ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, auch aktuelle Problemstellungen - wie beispielsweise das Thema Mediensucht - zu diskutieren und somit auch über die Schule hinaus eine entsprechende Sensibilität zu erzeugen.

#### **Frage 4**

Wir haben sich auf Landes- und Bundesebene bereits ausführlich mit verschiedenen Aspekten der Spielsucht befasst und hierzu Fachgespräche und Tagungen durchgeführt. Falls konkrete Daten für eine überzeugende Argumentation in der politischen Auseinandersetzung für wirksameren Jugendmedienschutz fehlen, so werden wir dafür sorgen, dass diese erhoben oder recherchiert werden. Es dürfte jedoch klar auf der Hand liegen, dass es unter volkswirtschaftlichem Aspekt sinnvoller ist, in bessere Prävention und gute Medienbildung zu investieren, als im Nachhinein viel Geld für die Behandlung Spielsüchtiger auszugeben.

#### **Frage 5**

Wie bereits oben erwähnt, zählt der kompetente und kritische Umgang mit audio-visuellen Medien zu den Schlüsselkompetenzen der Zukunft. Gleichzeitig ist eine verantwortungsvolle Medienerziehung jedoch auch als Prävention von Gefahren – wie beispielsweise der Mediensucht – zu verstehen. Um unserem hohen Anspruch an die Medienerziehung gerecht werden zu können, brauchen wir Lehrkräfte, die entsprechend ausgebildet sind. Daher müssen wir dem Thema Medienerziehung sowohl in der LehrerInnenbildung als auch in den Fortbildungsangeboten ausreichend Platz einräumen.

#### **Frage 6**

Hinsichtlich der Prävention von Mediensucht und sonstigen negativen Auswirkungen der zunehmenden Medialisierung des Alltags der Kinder und Jugendlichen stellen wir die Medienerziehung – vor allem an den Schulen – in den Mittelpunkt. Die Vermittlung von Kompetenzen im kritischen und kind- bzw. jugendgerechten Umgang mit den neuen Medien halten wir für wirksamer als eine Verschärfung der gesetzlichen Regelungen. Allerdings müssen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Jugendmedienschutz auch konsequent durchgesetzt und vollzogen werden.

#### **Frage 7**

Grundsätzlich unterstützen wir Ihre Forderung nach einem weltweiten Kinder- und Jugendschutz im Internet. Das Internet darf nicht länger ein rechtsfreier Raum sein, in dem massiv gegen nationale und internationale Bestimmungen für den Schutz unserer Kinder verstoßen wird. Die Schaffung weltweiter Regelungen liegt jedoch außerhalb unseres Kompetenzbereichs, weshalb wir uns weiterhin darauf konzentrieren werden, im Rahmen unserer Zuständigkeiten v.a. im Bildungsbereich entsprechende Informations- und Schulungsangebote bereitzustellen, welche den Kindern und Jugendlichen dabei helfen, die vielfältigen Chancen des Internets zu nutzen und sie gleichzeitig vor den vorhandenen Gefahren schützen.

**Frage 8 und 9**

Wir wollen das Angebot gebundener Ganztagschulen flächendeckend ausbauen. Denn nur die gebundene Ganztagschule bietet genügend Freiraum für die individuelle Entwicklung der SchülerInnen und die optimale Entfaltung all ihrer Talente und Potenziale. Durch die Verteilung der Lernphasen auf Vor- und Nachmittag und in Form sportlicher, musischer und künstlerischer Angebote (z.B. der kostenfreien Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen) - auch in Kooperation mit lokalen und regionalen Akteuren wie z.B. Sportvereinen und Musikschulen - trägt sie zu einer ganzheitlichen Bildung der SchülerInnen und zur Entwicklung wichtiger Sozialkompetenzen bei, die auch im Hinblick auf Gefahren wie der Mediensucht präventiv wirksam werden können. Der ausgeweitete zeitliche Rahmen ermöglicht es zudem, bisher vernachlässigten (Bildungs-)Inhalten wie der Medienerziehung ausreichend Platz einzuräumen und mithilfe von zusätzlichen ExpertInnen (SozialpädagogInnen, SchulpsychologInnen etc.) auf die individuellen (Sucht-)Probleme der SchülerInnen einzugehen.

Margarete Bause  
Fraktionsvorsitzende

Simone Tolle  
Bildungspolitische Sprecherin

Ulrike Gote  
Medienpolitische Sprecherin